

Erstwähler*innen nutzen vorwiegend diese Plattformen zur politischen Meinungsbildung.²⁹ Deshalb rief auch der djb mit einer Social-Media-Kampagne der Kommission Europa- und Völkerrecht zur Europawahl dazu auf, das Wahlrecht zu nutzen, um den Zuwachs rechter Parteien im Europaparlament zumindest einzudämmen. Dabei wurde in den zehn Wochen vor der Europawahl auf allen Kanälen des djb daran erinnert und

erklärt, warum wir die demokratische Teilhabe nicht anderen überlassen dürfen. Dafür müssen sowohl Nutzer*innen der Plattformen sensibilisiert werden als auch strengere Richtlinien herrschen. TikTok und andere Social-Media-Kanäle dürfen keinen Raum bieten für die Verbreitung rechtsextremistischer Gedankenguts.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-62

Interview mit der Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Die Fragen stellten **Ursula Matthiessen-Kreuder**, Präsidentin des djb und Amelie Schillinger, Redaktion djbZ

Liebe Frau Faeser, Sie sind die erste Innenministerin in der Bundesrepublik Deutschland. Was machen Sie anders als Ihre Vorgänger?

Sicherheit ist für mich auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Unser Rechtsstaat muss alle Menschen schützen, unabhängig davon, wo ihre Familien einmal herkamen, wie viel Geld sie haben, woran sie glauben und wen sie lieben. Ich versuche in meinem Amt auch die Perspektive derjenigen zu sehen, die von Extremismus oder Kriminalität bedroht sind. Da hat mich der enge Kontakt zu Familien der Opfer der entsetzlichen rassistischen Morde in Hanau sehr geprägt, ebenso wie meine Arbeit zur Aufarbeitung des Terrors des „NSU“. Das sind Erfahrungen, die sich mir so tief eingepreßt haben, dass sie sich auch auf mein heutiges Handeln auswirken. Aber ansonsten müssen es andere beurteilen, was mich von meinen Vorgängern unterscheidet. Wir hatten alle mit großen Herausforderungen zu tun. In meiner Amtszeit sind es etwa die massiven hybriden Bedrohungen durch Putins Regime und die Folgen des russischen Angriffskriegs – mit 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern, die wir in Deutschland vor diesem mörderischen Krieg schützen.

Mit Ihrer Kollegin aus dem Bundeskabinett, der ersten Außenministerin der Bundesrepublik Annalena Baerbock, hatten wir aus Anlass unseres 75. Geburtstages eine spannende Veranstaltung, in der sie uns teils sehr persönlich über feministische Außenpolitik berichtet hat. Gibt es auch so etwas wie eine feministische Innenpolitik?

Annalena Baerbock und ich haben gemeinsam, dass wir beide die ersten Frauen in unseren Ämtern sind. Vielleicht schärft das unseren Blick auf manche Themen. Für mich ist zum Beispiel die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ein zentrales Thema, das mich sehr umtreibt. Alle vier Minuten wird eine Frau in Deutschland Opfer von Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner. Und Gewalt fängt nicht erst mit Schlägen oder Misshandlungen an, es geht auch um Stalking und Psychoterror. Wir brauchen eine noch bessere Aus- und Fortbildung in der Polizei, um bei Taten schnell und sensibel zu reagieren. Wir brauchen aber auch eine konsequentere Durchsetzung des Gewaltschutzgesetzes, damit



▲ Foto: Peter Jülich

Nancy Faeser wurde am 13. Juli 1970 in Bad Soden am Taunus geboren. Sie ist verheiratet und hat ein Kind. Seit dem 8. Dezember 2021 ist sie Ministerin für Inneres und Heimat im Kabinett von Bundeskanzler Olaf Scholz. Eine besondere Priorität ihrer Amtszeit ist der Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Bundesinnenministeriums.

Werdegang

seit 1988	Mitglied der SPD
1990	Abitur
1990 bis 1996	Studium der Rechtswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Erstes Juristisches Staatsexamen
1993 bis 2021	Mitglied des Kreistags des Main-Taunus-Kreises
1996 bis 1998	Wissenschaftliche Mitarbeiterin von Prof. Dr. Frankenberg an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
1998 bis 2000	Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht Frankfurt am Main; Zweites Juristisches Staatsexamen
2000	Auslandsaufenthalt, Rechtsanwaltskanzlei Robert Shepard, San Francisco/USA
2001 bis 2007	Rechtsanwältin bei Clifford Chance Frankfurt am Main
2003 bis 2021	Abgeordnete des Hessisches Landtages
2006 bis 2021	Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwalbach am Taunus
2007 bis 2021	Rechtsanwältin bei GOERG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbH, Frankfurt am Main
2009 bis 2019	Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
2014 bis 2019	Generalsekretärin der SPD Hessen
2019 bis 2021	Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
2019 bis 2024	Landesvorsitzende der SPD Hessen
seit 08.12.2021	Bundesministerin des Innern und für Heimat

Täter nicht schnell wieder zurückkehren. Und wir müssen dafür sorgen, dass Täter ihr aggressives Verhalten beenden und sich tatsächlich verändern. Andere Länder wie Österreich sind hier weiter. Wer dort das Verbot erhält, die Wohnung zu betreten oder sich der betroffenen Frau zu nähern, der muss verpflichtend an Maßnahmen zur Gewaltprävention teilnehmen. Wer es nicht tut, erhält empfindliche Strafen. Das ist richtig. Auch in Deutschland müssen wir die Kontaktverbote wirkungsvoller machen. Ist das jetzt feministisch? Für mich ist eines klar: Gewalt gegen Frauen ist kein Frauenthema. Das geht uns alle an. Ich würde mir deshalb wünschen, dass wir das Thema als Gesellschaft entschlossener angehen.

Wir vom djv sehen gerade im Netz eine antifeministische Maschinerie, die mit sogenanntem Silencing und Hate Speech Frauen und Minderheiten aus dem öffentlichen Diskurs drängt. Was tun Sie mit Ihrer Behörde dagegen?

Ja, Frauenhass im Netz ist leider keine Seltenheit. Gerade Frauen und Mädchen werden überdurchschnittlich häufig Opfer von Hasskriminalität und Mobbing im Netz. Viele dieser Angriffe zielen darauf, Frauen, die sich politisch engagieren, mundtot zu machen. Oft sind es sexistische Beleidigungen bis hin zu widerlichen Vergewaltigungsfantasien, die Frauen hier erleben müssen. Das ist Hasskriminalität, die konsequent verfolgt werden muss. Das Bundeskriminalamt arbeitet daran sehr intensiv, gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden der Länder. Wir haben außerdem die Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung verstärkt, um Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker besser zu schützen. Eine bundesweite Ansprechstelle wird ihnen künftig Unterstützung vermitteln.

Bundesweit gehen seit Anfang 2024 Millionen Menschen (auch wir beim djv) auf die Straßen, gegen Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit und für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Rechte von Minderheiten. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Ich habe es als Ermutigung und Auftrag zugleich empfunden, dass so viele Menschen Anfang dieses Jahres angesichts rechts-extremer Vertreibungsphantasien gegen den Hass und für die Demokratie auf die Straßen gegangen sind. Es geht darum, unsere offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen. In diesem Jahr mit drei Wahlen in ostdeutschen Bundesländern und der Europawahl geht es darum, zu verhindern, dass Rechtspopulisten und Rechtsextremisten an Einfluss gewinnen.

Welche konkreten Maßnahmen ergeben sich aus den bundesweiten Demonstrationen „gegen rechts“ für die Bundesregierung (Stichwort Parteiverbot, Vereinsverbote, Resilienz des Bundesverfassungsgerichts und der Landesverfassungsgerichte, Wahlrecht usw.)?

Ich habe Mitte Februar ein umfassendes weiteres Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus vorgestellt. Das setzen wir jetzt um. Wir wollen alle Instrumente unseres Rechtsstaats nutzen und – wo nötig – weiterentwickeln. Dazu gehört, rechtsextremistische Netzwerke aufzudecken, ihre Finanzquellen auszutrock-

nen und ihnen die Waffen entziehen. Sowohl zum Waffenrecht als auch für erweiterte Finanzermittlungen habe ich Vorschläge für Gesetzesänderungen gemacht. Außerdem müssen wir das Bundesverfassungsgericht im Grundgesetz besser absichern, damit es keine leichte Beute für autoritäre Kräfte sein kann. Und entscheidend bleiben die politische Bildung und die Präventionsarbeit, die wir deshalb trotz schwieriger Haushaltslage in unverminderter Stärke weitergeführt haben.

Der djv engagiert sich seit vielen Jahren für ein modernes Migrationsrecht. Nun hat gerade die Ampelregierung mit Ihnen als Innenministerin Anfang dieses Jahres zum einen erleichterte Abschiebungen und zum anderen verschärfte Regelungen zur Lebensunterhaltssicherung im Staatsangehörigkeitsrecht beschlossen. Auch hat sie einer Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zugestimmt, die die Belange von Frauen und Kindern und anderen marginalisierten Gruppen unberücksichtigt lässt. Wie kam es dazu?

Deutschland übernimmt große humanitäre Verantwortung für Geflüchtete. Wir haben allein 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen und schützen daneben weiterhin viele Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Staaten vor Folter, Krieg und Terror. Gleichzeitig müssen wir die angespannte Situation in vielen Kommunen sehen, die an ihre Grenzen stoßen. Daher müssen Menschen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, unser Land schneller wieder verlassen. Dafür haben wir mit dem Rückführungspaket gesorgt, das der Bundestag beschlossen hat. Und zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem möchte ich sagen: Wir überwinden damit endlich eine jahrelange tiefe Spaltung Europas und überlassen dieses zentrale Thema nicht den Rechtspopulisten. Wir brauchen einen starken Außengrenzschutz und geordnete, rechtsstaatliche Asylverfahren, damit wir im Inneren das Europa der offenen Grenzen erhalten können. Wir haben dafür gesorgt, dass unbegleitete Minderjährige von den Asylverfahren, die bei einer geringen Aussicht auf Schutz direkt an den Außengrenzen geführt werden, ausgenommen sind. Für Familien gelten humanitäre Standards, die wir ebenfalls durchgesetzt haben. Wenn diese nicht eingehalten werden, dürfen die Grenzverfahren nicht angewandt werden. Außerdem müssen Verfahren bei Familien priorisiert werden. Für Frauen und ihre Kinder muss es in den Unterbringungszentren sichere Orte und eigene Sanitäreinrichtungen geben.

Der djv fordert, dass Frauen, insbesondere alleinstehenden Frauen mit Kindern, der Zuzug und Familiennachzug erleichtert wird, weil sie die vulnerabelste Gruppe in den weltweiten Fluchtbewegungen darstellen. Wie stellen Sie sicher, dass diesen menschenrechtlichen Aspekten trotz der jüngsten Verschärfungen Rechnung getragen wird?

Unsere Regelungen zum Familiennachzug tragen der besonderen Situation von alleinstehenden Frauen mit Kindern bereits Rechnung. So ist der Nachzug von alleinstehenden Eltern zu unbegleiteten Minderjährigen möglich, ohne dass der Nachweis der Sicherung von Wohnraum und Lebensunterhalt erforderlich ist. Der Kindernachzug zu einem alleinstehenden Elternteil ist genauso möglich.

Gibt es nach Ihrer Auffassung Themen, bei denen wir Ihnen mit feministischer Rechtswissenschaft weitere Argumente liefern könnten, um unsere rechtsstaatlichen Errungenschaften zu erhalten und gegen Demokratiefeind*innen zu verteidigen?

Ich glaube, dass viele Menschen spüren, dass wir unsere Demokratie aktiv verteidigen müssen: gegen die hybriden Bedrohungen von außen, vor allem von Putins Regime, genauso wie gegen die extremistischen Bedrohungen von innen. Die Instrumente, mit denen wir diesen Bedrohungen begegnen,

müssen immer auf der Höhe der Zeit sein. Hierzu kann die Wissenschaft viel beitragen. Die Debatte, wie wir das Bundesverfassungsgericht widerstandsfähiger gegen mögliche Angriffe autoritärer Kräfte machen, ist stark aus der Rechtswissenschaft heraus angetrieben worden. Solche Impulse sind wichtig. Ich wünsche mir, dass die Diskussionen, was unsere Demokratie ausmacht, wie hart sie erkämpft wurde und wie wir sie heute verteidigen müssen, auch eine viel größere Rolle in der juristischen Ausbildung spielen.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-64

„Unsere Frauen in eurem Patriarchat“

Wo Antifeminismus und Rassismus sich die Hände reichen

Toni Meiswinkel

Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Global Governance sowie Jurastudentin an der Universität Hamburg und ehemalige Praktikantin der djB-Geschäftsstelle

Der Rechtsruck in Europa ist spürbar. In den Parlamenten werden immer mehr Sitze von rechtskonservativen Stimmen belegt.¹ Zurück zum Nationalstaat. Zurück zum traditionellen Familienbild. Von „Remigration“, Wehrhaftigkeit des Nationalstaats und einer Klimadiktatur ist die Rede.² Immer weiter rückt der Diskurs nach rechts. In Deutschland machte die AfD das salonfähig, was vor einigen Jahren noch als extrem eingestuft wurde. Und dabei lässt es sich auch der rechte Flügel des Landes nicht nehmen, über Frauen und ihre Rechte zu debattieren. Denn der Schutz derer sei rechten Parteien dem Anschein nach ein besonderes Anliegen.³ Lobenswert auf den ersten Blick. Progressiv und erstrebenswert. Wenn die rechte Vorstellung vom Schutz der Frauen doch nur nicht so exklusiv, rassistisch und antifeministisch wäre. Aber von vorn.

Es ist kein Geheimnis, dass rechte Parteien ein starkes Männerbild befürworten und anstreben. Der Mann als Familienoberhaupt und Beschützer. Als derjenige, der Verantwortung übernimmt. Stark und wehrhaft soll der Mann sein. Den Ton angeben. Und genau diese Attribute gelte es nun zurückzuerobieren. Denn dass diese Rolle Männer ausmache und ihnen demnach auch zustehe, sei allein schon evolutionsbedingt völlig unumstritten.⁴ Männlichkeit als von Natur aus hegemoniales Phänomen? Heute weiß man, dass Geschlecht (gender) sozial konstruiert ist.⁵ Auch Hegemoniale Männlichkeit ist damit also nicht naturgegeben, sondern menschengemacht. Sie ist ein Phänomen, welches besonders vom rechten Rand der Gesellschaft vertreten wird.⁶ Doch bei genauerem Hinsehen fällt schnell auf, dass nicht jede männlich gelesene Person unter das von Rechten postulierte Stereotyp des *Alphatiens* fällt. Im Gegenteil. Hier geht es um viel mehr als nur die Abgrenzung gegenüber dem Weiblichen, denn nicht jede Form der Männlichkeit wird als gleichwertig betrachtet. Während also die Einteilung der Geschlechter streng

dichotom gehalten wird, scheinen Unterkategorien im Rahmen der Männlichkeit dennoch zulässig.

Im Vordergrund für erstrebenswerte Männlichkeit steht „jene Form [...], die in einer gegebenen Struktur des Geschlechterverhältnisses die bestimmende Position einnimmt“.⁷ Das ist in westlichen Strukturen vor allem eine: Die Position des weißen Mannes. So findet die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit nicht nur mittels Abgrenzung zu allem femininen, sondern vor allem auch mittels „radikale[r] Grenzziehung zwischen dem *Eigenen* und dem „*Anderen*“ statt.“⁸ Diese Form der *anderen* marginalisierten Männlichkeit bezieht sich vor allem auf solche Männer, deren Leben durch Einwanderungsgeschichte geprägt ist, die nicht weiß und ggf. nicht im Besitz eines deutschen Passes

- 1 Rechtsaußen-Parteien gewinnen an Einfluss v. 26.01.2024, online: <https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html> (Zugriff: 10.03.2024).
- 2 Vgl. z.B. Geheimplan gegen Deutschland v. 10.01.2024, online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (Zugriff: 12.03.2024); Bals, Gereon: Von „Scheinkatastrophen“, „Klimadiktatur“ und „Seuchensozialismus“ – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9., Jena 2021, S. 50–63.
- 3 Vgl. Feministische Entwicklungspolitik stoppen – Stattdessen Frauen- und Mädchenrechte effektiv stärken, Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, René Bochmann, Thomas Dietz, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Mike Moncek, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner und der Fraktion der AfD, BT Drucks, 20/4569.
- 4 Volpers, Simon: Neue rechte Männlichkeit, Hamburg 2020, S. 44 ff.
- 5 Gildemeister, Regine: Doing Gender, in: Becker, Ruth / Kortendiek, Beate (Hrsg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden 2010, S.137 ff.
- 6 Vgl. Pohl, Rolf: Männer – das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit, in: Bereswill, Mechthild / Neubauer, Anke (Hrsg.), In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert, Münster 2011, S. 104 ff.
- 7 Connell, Robert: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen 2006, S. 97.
- 8 Mirani, Lea Jaya: Patriarchale Strukturen und rechte Ideologie, Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft 2022, S. 28, Hervorhebungen TM.